

Zeitungs

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erlaubt am jeden Wochentag nachmittag. Die Pensions-Gehälter der Beamten beträgt in Stadt und Land 1500,00 Mark, durch die...
Halle: Druckerei des Verlegers...
Leipzig: Druckerei des Verlegers...

Gefülltes-Gehälter: Halle a. O., Neue Dammstraße 1a und Große Braunkohlstraße 17. Fernsprecher-Nummern: Halle: 7431. Leipzig: 22315. Postamt-Nummern: Halle: 24. Leipzig: 2315. Postamt-Nummern: Halle: 24. Leipzig: 2315. Postamt-Nummern: Halle: 24. Leipzig: 2315.

Verheerender Abwehrkampf.

Die Regierung bereitet neue Gegenmaßnahmen vor... Eisenbahnstrecke in Baden... Die Luftsüdzüge verkehren nicht... Frankreich ohne Ruhestelle Die Rheinlandkommission als Reichsrepräsentation... Drei neue Blutzüger... Neun Milliarden Reichsmittel für die Notleidenden.

„Durchhalten bis zuletzt!“

Eine Rede des Reichstanzlers Dr. Cuno.

Wien, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Reichstanzler Dr. Cuno hatte am Montag in Gloggnitz eine Rede gehalten, die eine Reihe von Fragen beantwortete, die ihm durch eine Reihe von Journalisten gestellt waren, die im Zusammenhang mit den Verhandlungen über den Vertrag von Versailles standen. Er erklärte, dass die Regierung bereit sei, alle Verhandlungen bis zum letzten Augenblick fortzuführen, falls es sich um die Wahrung der deutschen Interessen handelt. Er erklärte auch, dass die Regierung die Verantwortung für die gegenwärtige Situation übernehme und die Notwendigkeit betone, die deutschen Interessen zu verteidigen. Er erklärte, dass die Regierung die Verantwortung für die gegenwärtige Situation übernehme und die Notwendigkeit betone, die deutschen Interessen zu verteidigen.

hauptsächlich beschränkt sich die deutsche Regierung die Vermögensgegenstände für diese Tat und die von ihr Betroffenen vor.
Eine ebenso wichtige Stellung bildet den Kern einer zweiten Rede, die der französische Botschafter in Berlin hielt. Es handelt sich um eine allgemeine Erklärung des Schuldners Staum in Dresden durch einen französischen Journalisten. Die französische Darstellung, nach der es das Opfer seiner Treuezeit geworden wäre, wird als unzutreffend zurückgewiesen. Im Anschluss daran weist die Rede auf den Fall in Baden, wo am 2. Februar französische Soldaten mehrere Geflügel-Gesamtküken in der Gegend der Bevölkerung von Gloggnitz verhaftet wurde, durch eine finanzielle Schlichtung zum Teil schwer bestrafen. Die Regierung behält sich vor, Schritte zu fordern. Ebenso haben die deutschen Vertretungen in Paris, London, Rom und Brüssel eine Einigung gegen die rechtschuldigen Verzögerungen der Schenkung an die Millionen und die Errichtung französischer Verwaltungsgeschichte überlassen. Die angelegte Behörde erbringt eine Liste, die sich mit den vertragswidrigen Maßnahmen der Regierungskommission des Saargebietes auf dem Gebiet des Schuldners bezieht. Die Regierung hebt gegen diese dem Verfall der Vertrag widersprechenden Tendenzen sofortigen Einspruch.

Poincaré „Rechtschritt“.

Abstatenentwurf.

Ein bekanntes „lustiges Buch von Juristen und schweren Bedrohungen“ Alexander Hoesly, „Stuh im Jus“. In dieses Buch müssen die „Rechtsgelehrten“ einbezogen werden, die der ehemalige Abstaten Poincaré seinen politischen Verhandlungen gibt. Weiter sind sie heute mehr trocken als sonst und erst eine spätere Zeit wird darüber lachen. Frankreichs Ministerpräsident hat auch für seine neue militärische Heiligkeit für den Entwurf den Briefkasten Baden einen Paragraphen gefunden. Er fügt die Belegung der Städte Offenburg und Appenweier auf Artikel 267 des Versailler Vertrages. Dieser Artikel verpflichtet Deutschland, an der Einrichtung des Reiches mit direkten Nachbarn für Personen und Gepäck mitzuwirken, die von einer oder mehreren alliierten und assoziierten Mächte verlangt wird, um die Verbindung dieser Mächte untereinander und mit anderen Ländern mittels Eisenbahnen durch das deutsche Gebiet zu sichern. Insbesondere muss Deutschland zu diesem Zweck die Züge und Wagen, die aus dem Gebiete der alliierten und assoziierten Mächte kommen, übernehmen und mit einer Schnelligkeit weiterzuführen, die mindestens derjenigen keiner dieser Durchgangslinie auf denselben Strecken gleichkommt. Das ist alles. Es versteht sich im normalen Betrieb des internationalen Bahnverkehrs ganz von selbst. Die Formulierung dieser Selbstverständlichkeit in einem Artikel des Friedensvertrages war nur einer der vielen Verluste, den am Robert Liebiggen Bogen zu kauen und zu demütigen. Als ob man ihn erst Leckheit beibringen müsste wie eine der Türliege oder einem Brotbackenbrot.

Nur hat die deutsche Eisenbahnverwaltung, gezwungen durch die von Frankreich heraufbeschworene Rohheit, verschiedene Züge ausfallen lassen, darunter auch eine internationale Verbindung über Appenweier. Dieser Ausschfall entspricht durchaus der allgemeinen Gleichgültigkeit. Er widerspricht nicht der Gleichgültigkeit der Bevölkerung. Es ist kein positiver Widerstand, geschweige denn Sabotage. Der Verfall der Vertrag, selbst wenn er von Poincaré im deutsch-französischen Verhältnis nicht zerfallen wäre, bleibt auf deutscher Seite in diesem Punkte unerbittlich. Die neue Sanktion ist unerbittlich. Sie schneidet in der Luft. Sie ist eine rechtschuldige Gewalt. Deutschland hat sich nicht schuldigen kommen lassen. Die der Fehler in Poincaré's „Rechtschritt“. Der zweite Fehler liegt wieder in der isolierten Aktion. Genau wie immer ist die friedlich-einseitige Eroberung von Frankfurt a. M. erfolgt die Errichtung des Brückentopfes Rest auf einseitigen Behälter der französischen Regierung hin. Keine der auf der Grenze als Verfall der Vertrag beteiligten Mächte wird bei dem französischen Vorwärt auf das Gebiet mit, obwohl nach dem Sinn und Wortlaut des Vertrages zu solchen Aktionen mindestens ein gemeinsames Verhalten der Hauptmächte erforderlich ist, auch wenn von der angehenden Bevölkerung Deutschlands nur eine Macht betroffen wurde. Also formal wie materiell hat der ehrliche Vertragsgegner Poincaré einen Bod geschossen. Formell falsch war auch die Übermittlung des französischen Regierungsschuldes durch die „Aktion“ an die Millionen. Was hat die Rheinlandkommission mit dem Vertrag Sonderbeschlüssen zu tun? An der Rheinlandkommission sind alle Alliierten vertreten. Die in der ursprünglichen Belegung nach dem Verfall der Vertrag teilgenommen haben. Warum diese Verbindungen verhängt und befragt? Lässt sich England, das die K a u m u n g f r a n k f u r t s f o r d e r t e n d u r c h d i e A u s t r e i t u n g d e r f r a n z ö s i s c h e n B e r i c h t i g u n g a u f b a d i s c h e s L a n d g e l a s s e n ? W i s j e t h ö r t m a n a m a r e n t r e i t e n e W o r t e i n d e r e n g l i s c h e n P r e s s e ü b e r d e n n e u e s t e n G e w a l t a n d R e c h t s u n d e r d i e e n g l i s c h e R e g i e r u n g s c h w e i c h f i u s a n u n e m a k t i v e n V o r g e h e n i n d e r S a c h e i s t e r s t n i c h t s z u s p r e c h e n .

Schärfere Gegenmaßnahmen der Regierung?

Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Das Reichsamt hat sich während der Abwesenheit des Reichstanzlers unter dem Vorsitz des Vizekanzlers zu einer besonderen Sitzung versammelt, um die Maßnahmen zu beraten, die durch den Einfall der französischen Truppen in das badische Land notwendig werden. Der endgültige Beschluß wird erst nach Rücksprache des Kanzlers der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Zunächst kann nur das eine festgestellt werden, daß es diesmal bei einem Vorstoß sein Vordringen nicht haben wird. Dem deutschen Reich stehen noch eine Reihe von Mitteln zur Verfügung, die aus Rücksicht auf gewisse Anschaffungen in anderen auswärtigen Ländern bis heute nicht angewandt worden sind. Die Vertragsverletzung im Falle der Belegung von Offenburg ist jedoch so weit, daß diese Mittel größtenteils entfallen. Schon seit zwei Jahren bemüht sich die französische Regierung um eine Erweiterung des Brückentopfes Rest aus rein militärischen Gründen und benutzte die allgemeine Verzerrung zur Erreichung dieser Pläne, die weder mit Reparationen noch mit Sicherheiten der Pfändern das mindeste zu tun haben. Dementsprechend wird die deutsche Regierung Rechnung tragen.

Eisenbahnstrecke in Offenburg.

Offenburg, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der Zugverkehr auf der Strecke Offenburg-Appenweier ist in der Nacht zum heutigen Donnerstag um 12 Uhr durch einen Einbruch der Eisenbahnhüter vollständig unterbrochen. Der Streit wurde provoziert, weil die Franzosen die Wachen auf dem Bahnhofsplatz zurückgelassen hatten und weil auch der Bahnhofsplatz 3. Klasse im Offenburg Bahnhofs weiterhin als Aufenthaltsort für französische Soldaten beibehalten wurde. Kantor Säger ist von den Franzosen verhaftet worden. Mehrere Güterzüge sind abgefahren, während die Franzosen auf der Strecke von Basel bis Offenburg und auf der anderen Seite auf der Strecke von Karlsruhe bis Wachen.

Karlsruhe, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der Kommandant des Brückentopfes Rest hat gestern Abend folgendes Ultimatum an die Eisenbahnhüter gerichtet: Wenn die internationalen Züge nicht bis morgen Abend 6 Uhr 30 Min. überfahren, wird der gesamte Eisenbahnverkehr zwischen Appenweier abgebrochen. Am 1. Februar wurde dem Kommandanten des Brückentopfes Rest die Antwort der Reichsregierung übergeben, die besagt, das es unmöglich ist, die Kurzzüge zu fahren. Die auf 10 Uhr angeordnete Sillung des Verkehrs auf der Strecke Appenweier-Offenburg ist bis jetzt nicht erfolgt. Die Forderungen der Offenburg-Eisenbahner und Beamtenorganisationen wurden von der französischen Belegungsbehörde zehlos erfüllt.

Neue französische Gewalkaten.

Wiesbaden, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Von einem französischen Botschafter in Mainz wurde ein Anforderungs auf einem Kontingente erhalten. Ein Arbeiter, der zur Arbeitsstätte nach Hochheim an dem Schienen entlang gehen wollte, wurde durch einen Schuß in schwer verletzt, daß er im Krankenhaus liegen verbleiben soll. Auf eine Mitteilung in Mainz erhielt ein französischer Soldat einen jungen Arbeiter, auf den er sich Schütz angelegt haben soll. Der Soldat wurde verletzt.

Die Saarbergleute geflohen ins Streik.

Saarbrücken, 5. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Den Bergarbeitern ist eine Lohnherabsetzung von zwei Pfennig pro Tag bewilligt worden. Die Komitets der Saarbergarbeiter haben die Erklärung gegeben, für völlig ungenügend erfüllt. Der Streik im Saargebiet ist auf der ganzen Linie vollständig.

Der Einzug des Reichstanzlers verurteilt.

Dr. Cuno unerlaubt.

Wien, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Zug um Zug fällt die Verurteilung des Reichstanzlers in der höchsten Gerichtsstelle ab, die auf die besetzten deutschen Praxise ab. Die Verurteilung des Reichstanzlers ist eine Verurteilung der deutschen Regierung, die sich nicht durch die Verurteilung des Reichstanzlers ändern kann. Die Verurteilung des Reichstanzlers ist eine Verurteilung der deutschen Regierung, die sich nicht durch die Verurteilung des Reichstanzlers ändern kann.

Neue Proteste.

Berlin, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Zug um Zug fällt die Verurteilung des Reichstanzlers in der höchsten Gerichtsstelle ab, die auf die besetzten deutschen Praxise ab. Die Verurteilung des Reichstanzlers ist eine Verurteilung der deutschen Regierung, die sich nicht durch die Verurteilung des Reichstanzlers ändern kann. Die Verurteilung des Reichstanzlers ist eine Verurteilung der deutschen Regierung, die sich nicht durch die Verurteilung des Reichstanzlers ändern kann.

HEUTE liegt der Zeitung für diejenige unserer Gesch. Verleiher, denen unser Blatt, direkt vom Verlag überwiesen, durch die Post zugestellt wird (nicht für diejenige, die bei der Post bestellt und bezahlt haben), eine Zahlenkarte zur Abführung des Bezugspreises für den Monat Februar bei. Wir bitten höflich, diese Zahlenkarte beim nächsten Postamt oder beim Briefträger baldigst einzuzahlen, damit die Beiträge bis zum 12. Februar in unserem Besitz sind. Diejenigen Bezugsgeber, die bis zu diesem Tage nicht einzahlen, müssen wir durch Postnachnahme erheben, was mit teuren Postausgaben verbunden ist, die wir unseren gesch. Lesern ganz entgegen möchten.

